

Steuererhöhung für Mittelstand: Was sagen die Kantone dazu?

Abstimmung Die Abschaffung des Eigenmietwerts führt zu Steuerausfällen von 1,8 Milliarden Franken. Hart treffen würde es Tourismuskantone.

Markus Brotschi

Die Chancen für die Abschaffung des bei Hauseigentümern unbeliebten Eigenmietwerts standen noch nie so gut. Zwei Drittel der Stimmberechtigten wollen dem Systemwechsel laut TA-Umfrage am 28. September zustimmen. Nun warnt die Gegnerschaft vor hohen Steuerausfällen in den Kantonen und hofft auf ein Nein.

Mit der Abschaffung des Eigenmietwerts würden Bund, Kantone und Gemeinden rund 1,8 Milliarden Franken an Steuereinnahmen entgehen. Davon entfallen 400 Millionen auf den Bund, der Rest auf Kantone und Gemeinden.

Offen ist, wie Letztere dies kompensieren. Die Befürworter weisen darauf, dass die Kantone als Ersatz selbst genutzte Zweitwohnungen mit einer Liegenschaftssteuer besteuern könnten. Die Reform ermögliche eine kantonal angepasste und faire Besteuerung von selbst genutzten Zweitwohnungen.

Allerdings will bislang kein Kanton eine solche Steuer einführen. Diese sei administrativ aufwendig, und es sei fraglich, ob die Ausfälle bei der Einkommenssteuer wettgemacht werden könnten.

3 Prozent Steuererhöhung

Die Gegner der Abschaffung des Eigenmietwerts warnen vor höheren Einkommenssteuern. «Letztlich wird der Mittelstand mit einer drastischen Steuererhöhung zur Kasse gebeten», warnt Pascal Broulis, FDP-Ständerat und früherer Waadtländer Finanzdirektor. Gleich sieht es SP-Nationalrätin Ursula Zybach. «Wenn einkommensstarke Immobilienbesitzer weniger beitragen, müssen andere dafür bezahlen. Am Ende kostet die Vorlage im Schnitt jeden Haushalt rund 500 Franken pro Jahr.» Zybach ist Präsidentin von Casafair, dem Verband «für umweltbewusste und faire Wohneigentümer*innen».

Die Kantone selbst halten sich bislang mit der Androhung von Steuererhöhungen zurück. Klar ist jedoch, dass die Abschaffung des Eigenmietwerts zu Ausfällen führt. Allein der Kanton Zürich geht von jährlichen Einbussen von 300 Millionen Franken aus. Die Hälfte entfällt auf die Kantonskasse, die andere auf die Gemeinden. Falls der Kanton seine Ausfälle auf der Einnahmenseite kompensieren wollte, müsste er die Einkommenssteuern um 3 Prozent erhöhen. Die Ausfälle der Gemeinden wären damit noch nicht ausgeglichen.

Der Kanton Bern rechnet mit Ausfällen von 85 Millionen Franken, wovon 50 Millionen auf den Kanton entfallen. Zur Kompensation müssten die Kantonssteuern um 1 Prozent erhöht werden. Die Berner Regierung betont in der Antwort auf einen Vorstoss der SP allerdings, dass sie keine Steuererhöhungen plane. Die anderen Kantone lassen offen, ob sie die Ausfälle mit Steuererhöhungen kompensieren würden. Sie beziffern mit ihren Berechnungen lediglich, welche Erhöhung zum Ausgleich nötig wäre.



Im Kanton Graubünden mit seinem hohen Anteil an Zweitwohnungen, hier Neubauten in Laax, fallen die Steuerausfälle besonders hoch aus. Foto: Manu Friederich

Dass die Steuerausfälle gerade für die Berg- und Tourismuskantone mit ihrem hohen Anteil an Zweitwohnungen gross sind, zeigt das Beispiel des Kantons Graubünden. Die Einbussen fallen im Kanton mit rund 200'000 Einwohnern pro Kopf deutlich höher aus als etwa in Zürich oder Bern.

Graubünden entgehen jährlich 90 Millionen Franken, davon entfallen 50 Millionen auf den Kanton und 40 Millionen auf die Gemeinden. Zur Kompensation müsste Graubünden die kantonale Einkommenssteuer um 8 Prozent erhöhen, wie die Steuerverwaltung mitteilt. Wie hoch die Steuererhöhung für die einzelnen Gemeinden ausfiele, hängt vom Gemeindesteuerfuss und der Anzahl Zweitwohnungen ab.

Hoch sind die Ausfälle auch im Wallis und im Tessin. Sie betragen im Wallis je 35 Millionen Franken für den Kanton und die Gemeinden. Um das Loch in der Kantonskasse zu stopfen, müssten die Einkommenssteuern um 4,5 Prozent erhöht werden. Im Tessin entgehen Kanton und Gemeinden 100 Millionen pro Jahr.

Die Ausfälle für die Kantone könnten noch deutlich höher sein, wenn sie die heutigen

Steuerabzüge der Hausbesitzer für Investitionen in Energiesparmassnahmen beibehalten. Solche Abzüge wären bei der Bundessteuer mit dem Systemwechsel nicht mehr erlaubt. Die Kantone könnten sie aber nach wie vor zulassen.

Bern drohen in diesem Fall doppelt so hohe Einbussen, nämlich 100 Millionen Franken auf Kantons- und 54 Millionen auf Gemeindeebene. Freiburg müsste zur Kompensation bei Erhalt der Energiesparabzüge die Einkommenssteuern um 2,4 Prozent erhöhen, sonst um 1,7 Prozent.

«Ein Naturaleinkommen»

Keine Angaben zur Höhe der Steuereinbussen waren vom Kanton Basel-Stadt erhältlich. Eine entsprechende Berechnung wäre mit vielen Unsicherheiten behaftet und nicht belastbar, teilt das Finanzdepartement mit. Die verfügbaren Schätzungen der Kantone und des Bundes beruhen auf bestimmten Annahmen. Steuerausfälle von insgesamt 1,8 Milliarden ergeben sich bei einem Hypothekarzinsniveau von 1,5 Prozent. Sollte der Zins steigen, reduzieren sich die Ausfälle. Ab einem Hypozins von 3 Prozent profitiert die öffentliche Hand vom System-

wechsel. Denn gleichzeitig mit der Besteuerung des Eigenmietwerts entfallen mit der Reform auch die Steuerabzüge für Wohneigentümer, darunter der Abzug für Schuldzinsen.

Obwohl die Kantone die Abschaffung des Eigenmietwerts ablehnen, traten sie bisher mit ihren Argumenten kaum an die Öffentlichkeit. Die Konferenz der Kantonsregierungen begründete Ende Juni die Ablehnung in erster Linie damit, dass es keinen Grund für den tiefgreifenden Systemwechsel gebe. Beim Eigenmietwert handle es sich um ein Naturaleinkommen aus dem in der Liegenschaft investierten Vermögen und nicht, wie die Befürworter behaupteten, um ein «fiktives Einkommen».

Der Bundesrat hält die Einnahmeausfälle von 400 Millionen Franken bei Bundessteuer für vertretbar, obwohl Finanzministerin Karin Keller-Sutter mit einem Sparprogramm die Finanzen wieder ins Lot bringen will. Es handle sich um einen «momentanen» Ausfall und die «übergeordnete Frage», ob man einen solchen Systemwechsel wolle, sagte Keller-Sutter an der Medienkonferenz des Bundesrats zur Abstimmungsvorlage.